



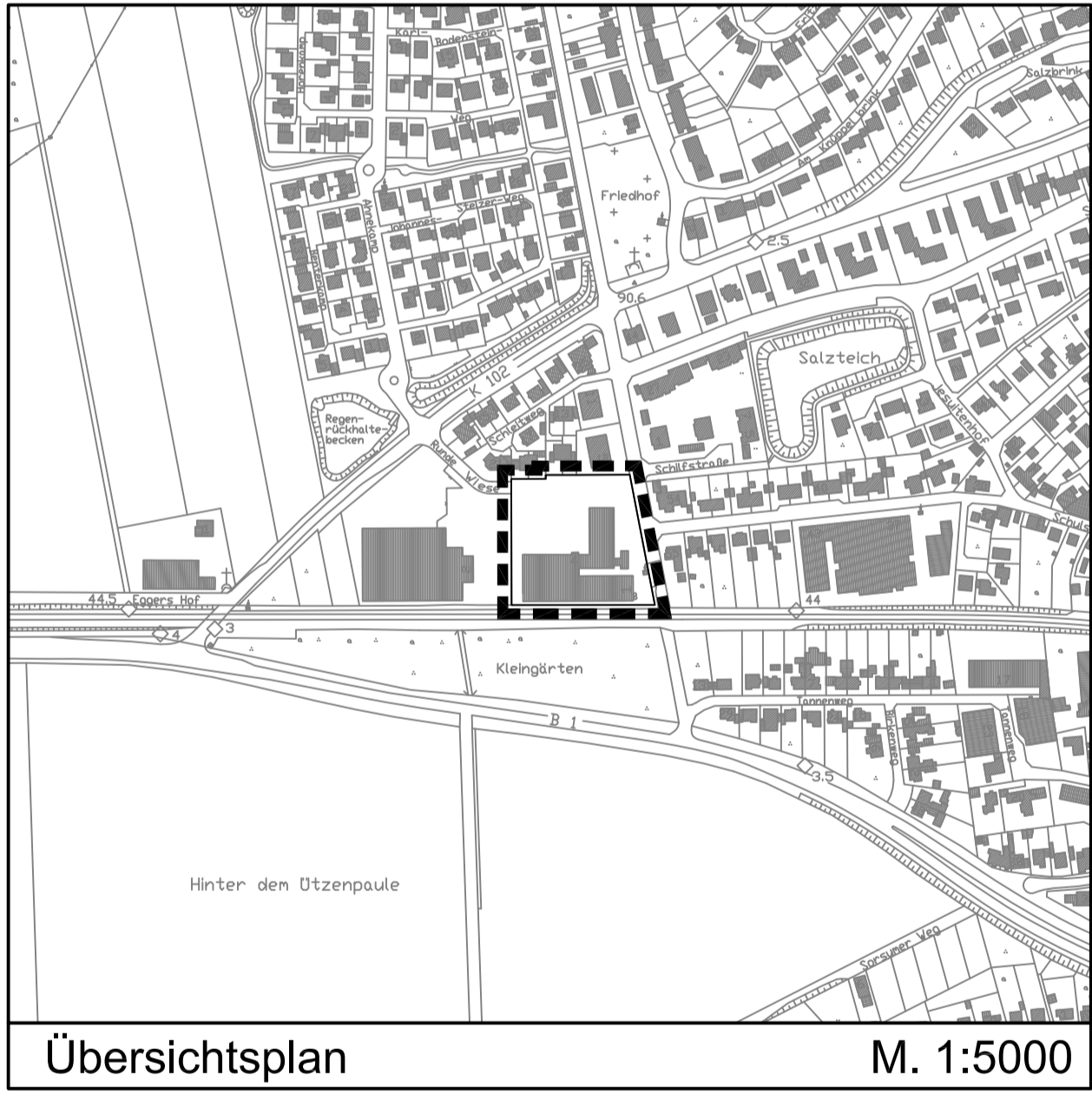
Planzeichenerklärung	
	Gebäude
	Überdachung
	PKW - Stellplätze mit Rasenfugen
	Einstellplatz für Behinderte
	Garagenanlagen mit Dachbegrünung
	Private Grünfläche
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern
	Baum anpflanzen Baum erhalten
	Flächen für Versorgungsanlagen und die Abfallentsorgung
	Zweckbestimmung: Elektrizität
	Zweckbestimmung: Wertstoffsammelstelle
	Ferngasleitung und Fernmeldekabel der Avacon AG mit Leitungsschutzbereich
	Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
	Mit Leitungsrecht zugunsten der SEHI (Stadtentwässerung Hildesheim AöR) und der EVI (Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co.KG) zu belastende Fläche
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplans

Örtliche Bauvorschrift	
1. Dächer von Garagen und Nebenanlagen mit Dachneigung von weniger als 10° sind mit einer Begrünung zu versehen. Bei überdachten Stellplätzen und bei Garagen sind die von öffentlichen Verkehrsflächen einsehbaren Seiten so zu gestalten, dass sie vollständig begrünt werden können. Hierzu sind je ein Stellplatz mindestens drei Klettergewächse anzupflanzen und zu unterhalten.	
2. Stellplätze sind aus einer luft- und wasserdurchlässigen, der Vegetation dauernd zur Verfügung stehenden Oberfläche herzustellen. Hiervon ausgenommen sind Behindertenstellplätze.	
3. Ungegliederte Außenwandflächen von mehr als 15 m² Größe sind mit Rankgewächsen einzugrünen. Erforderlichenfalls sind geeignete Rankhilfen anzubringen.	
4. Es sind nur Werbeanlagen an der Stätte der Leistung zulässig. Sie sind so zu errichten und zu betreiben, dass eine Blendwirkung des Verkehrs ausgeschlossen ist. An Gebäuden sind Werbeanlagen über Traufe, Organg oder Attika nicht zulässig.	
5. Freistehende Werbeanlagen müssen einen Abstand von mindestens 3 m zu öffentlichen Flächen einhalten und dürfen eine Höhe von 6 m nicht überschreiten. Die Ansichtsfläche solcher Werbeanlagen darf maximal 6 m² groß sein.	
6. Ordnungswidrig handelt gem. § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig den örtlichen Bauvorschriften zuwider handelt. Als Tatbestand gilt die Nichteinhaltung der Vorschriften über Dachbegrünung, Befestigung von Stellplätzen, Begrünung von Außenwandflächen und Werbeanlagen. Solche Ordnungswidrigkeiten können gem. § 80 Abs. 5 NBauO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 € geahndet werden.	

Hinweis:	
Mit dem Trinkwassernetz kann nur eine begrenzte Löschwassermenge sichergestellt werden. Es ist daher zu gewährleisten, dass die Gefahr der Brandausbreitung gering ist. Dies kann durch feuerhemmende Umfassungen und eine harte Bedachung erreicht werden.	

Rechtsgrundlagen	
Für diesen Bebauungsplan gelten: - das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20.10.2015 (BGBl. I. S. 1722) - die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I. S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I. S. 1548) - die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.07.2014 (NDS. GVBl. S. 206). - das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NkomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S.434)	

Textliche Festsetzung	
1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und untergeordnet sind, sind ausnahmsweise zulässig.	
2. Die festgesetzten Grünflächen sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgängigkeit der Bepflanzung zu erneuern.	
3. Die zur Erhaltung festgesetzten Bäume sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang durch hochwüchsige standortgerechte Laubbäume zu ersetzen.	
4. An den festgesetzten Standorten zum Anpflanzen von Bäumen sind hochwüchsige standortgerechte Laubbäume anzupflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.	
5. Auf den Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern sind dicht und lückenlos im Pflanzverband mit max. 1,25 m Abstand untereinander standortgerechte Sträucher anzupflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.	



<p>Kartengrundlage:</p> <p>Liegenschaftskarte Maßstab: 1:1000 Gemarkung: Himmelsthür Flur: 5 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, © 2016</p> <p> LGLN Landesamt für Geoinformation Landschaftsplanung</p>	<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (L4-116/2016 vom 23.03.2016). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.</p> <p>Hildesheim, den ..02.03.2017..... LGLN Regionaldirektion Hameln/Hannover, Katasteramt Hildesheim</p> <p>gez. Hoberg.....</p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den ..23.09.2016..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung</p> <p>gez. Bröwer.....</p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am ..09.03.2017..... beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ..02.04.2016..... in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom ..04.04.2016..... bis ..03.05.2016..... Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den ..23.09.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Bröwer.....</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am ..19.10.2017..... zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den ..23.09.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Bröwer.....</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..08.11.2016..... bis ..07.12.2016..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am ..29.10.2016..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..08.12.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Bröwer.....</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..08.11.2016..... bis ..07.12.2016..... erneut zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am ..29.10.2016..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..08.12.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Bröwer.....</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom ..20.02.2017..... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den ..21.02.2017.....</p> <p>gez. Dr. J. Meyer..... (L.S.) Oberbürgermeister</p>	<p>Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am ..08.03.2017..... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ..08.03.2017..... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den ..16.03.2017..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Bröwer.....</p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..15.03.2018..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>gez. Kraaz.....</p>

Stadt Hildesheim

3. Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplans HT 212 mit Örtlicher Bauvorschrift

" Runde Wiese "